

Weichen stellen in bleierner Zeit

Seit etwa einem Jahr leben wir im pandemischen Ausnahmezustand und eine schnelle Rückkehr zur alten Normalität zeichnet sich nicht ab. Das hinterlässt tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft. Das weitgehend lahmgelegte gesellschaftliche Leben wirkt sich natürlich auch auf unseren Verband aus.

Unter den Bedingungen der Lockdowns sind echte Begegnungen schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Das lähmt das Verbandsleben vor Ort, wie wir es kennen und schätzen. Der Austausch über Europa ist ja keine Trockenübung. Für das bürgerschaftliche Engagement in der Europa-Union sind die Freundschaften und Verbindungen vor Ort von kaum zu überschätzender Bedeutung.

Es liegt auf der Hand, dass wir die Wirkung der Kontaktverbote auch an der Entwicklung unserer Mitgliederzahlen ablesen können. Sie brechen nicht dramatisch ein, sind aber nach Zuwächsen in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Umso erfreulicher ist es, dass die allermeisten Verbände auch unter den enorm schwierigen Bedingungen versuchen, ihre Aktivitäten aufrecht zu erhalten.

Den Ehrenamtlichen, den Aktiven vor Ort gebührt dafür größte Anerkennung. Der Umstieg auf fast ausschließlich digitale Kommunikation war für uns alle eine Herausforderung. Insgesamt hat die Europa-Union diese aber beherzt angenommen und sich doch recht schnell auf die veränderten Rahmenbedingungen des Vereinslebens eingestellt.

Dennoch: Den Austausch von Angesicht zu Angesicht beim sonntäglichen Europa-Brunch, beim Europa-Stammtisch, und ja, auch die Atmosphäre in engen Debatte-Räumen können Onlineformate nicht ersetzen. Eine Rückkehr zu einigermaßen normalen Rahmenbedingungen wird es erst geben, wenn der überwiegende Teil der Bevölkerung gegen das Corona-Virus immunisiert ist.



*Nachschlag: Pandemiebedingt sind Europas Kulturhauptstädte 2020 in die Verlängerung geschickt worden. Sowohl die kroatische Mittelmeerstadt Rijeka (Foto) als auch das irische Galway dürfen den Titel bis 30. April 2021 führen. Ob der Plan der EU-Kommission aufgeht, damit den Städten zu ermöglichen, noch einige Veranstaltungen nachholen zu können, ist angesichts der derzeitigen Infektionslage fraglich ... Die nächsten Kulturhauptstädte gehen nach dem vom EP bestätigten Beschluss allerdings erst 2022 an den Start: Kaunas (Litauen), Esch (Luxemburg) und Novi Sad (im Beitrittsland Serbien gelegen). 2023 dann sind Veszprém (Ungarn), Timisoara (Rumänien) und Elefsina (Griechenland) an der Reihe. Mehr dazu: https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/actions/capitals-culture_de
Foto: Visitrijeka.hr*


Damit wären wir beim schwierigen Thema der Impfkampagne, das uns sicherlich alle beschäftigt. Gewiss sind in dieser Ausnahmelage Fehler gemacht worden. Dass diese nun vor allem bei der Europäischen Union gesucht werden, sollten wir europäischen Föderalistinnen und Föderalisten allerdings nicht unwidersprochen hinnehmen.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten waren in allen Phasen der Impfstoffbeschaffung beteiligt. Und nicht nur das: Die Kommission hatte die Aufgabe, die Beschaffung koordiniert für die EU insgesamt sicherzustellen, um einen unsolidarischen, ruinösen und die europäische Gesellschaft spaltenden Impfstoffwettbewerb zu vermeiden. Das war auch unbedingt richtig so.

Die Frage, warum nicht beherzter, schneller und großzügiger Vakzine bestellt wurden, kann nur beantwortet werden, wenn klar ist, welches Verhandlungsmandat die Mitgliedstaaten der Kommission eingeräumt hatten, welche finanziellen Spielräume die Kommission hatte und ob sie überhaupt bei der Auswahl der Hersteller frei war, die

sich ja im Sommer 2020 alle noch mit ungewissem Ausgang auf dem Weg befanden. Im Übrigen bin ich der Überzeugung, dass wir es weniger mit einem Bestell- als mit einem Lieferproblem zu tun haben und dass wir dieses in wenigen Wochen überwunden haben werden.

In jedem Fall bringen jedoch auch Schuldzuweisungen an die Regierungen wenig. Eine wichtige Erkenntnis und Lehre aus dem Geschehenen könnte aber sein, dass eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe auch die dafür erforderliche Gemeinschaftskompetenz braucht. Ein Verhandler, der bei der Frage, wo seine Limits liegen und mit wem er überhaupt verhandeln darf, Rücksprache mit 27 Entscheidern nehmen müsste, wäre jedenfalls denkbar schlecht aufgestellt. Das kann aber nicht bedeuten, dass der Grundsatz konzertierten europäischen Vorgehens falsch gewesen wäre.

Aus Fehlern zu lernen, darauf kommt es an. Und dass wir alle bis in den Spätsommer den Impfschutz bekommen, ehe irgendwelche Mutanten diesen unterlaufen. 

Ob die Verkürzung der Konferenz über die Zukunft Europas auf nur ein Jahr und dies unter Pandemiebedingungen ein Fehler gewesen sein wird, zumal unter der Maßgabe, dass die Konferenz zu keinen verbindlichen Ergebnissen führen soll, wie der Rat es wünscht, ist eine offene Frage. Wichtig ist, dass jetzt endlich ein Startschuss fällt. Die Europa-Union Deutschland wird die Konferenz konstruktiv kritisch begleiten. Wir haben klare Vorstellungen von einem gut funktionierenden föderalen Europa und werden diese weiterhin aktiv in die Politik einspeisen.

Schließlich sind wir wie kaum ein anderer überparteilicher Verband gut in den Parlamenten vertreten. Ich freue mich sehr,

dass unsere Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament mit Niklas Nienaß einen neuen Vorsitzenden hat und mit seinen stellvertretenden Kolleginnen und Kollegen Hildegard Bentele, Gabriele Bischoff, Markus Ferber und Andreas Glück künftig noch enger mit unserer Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag zusammenarbeiten will.

Natürlich haben wir auch die Bundestagswahl fest im Blick. Es wird, das steht bereits fest, eine neue Kanzlerschaft beginnen. Dass dieser Wahlkampf auch um Europas Zukunft und Deutschlands Verantwortung in und für Europa geführt werden muss, dafür werden wir uns ganz sicher überparteilich einsetzen. Alles in allem stehen

also wichtige Weichenstellungen in diesem zweiten Pandemiejahr an. Es gibt auch unter den denkbar schwierigen Rahmenbedingungen der Seuche großen Bedarf für unser Engagement.

Wir erleben eine bleierne Zeit. Ich bin mir aber sicher, dass wir als europäische Gesellschaft und auch als der in unserem Land bedeutendste Bürgerverein für Europa gestärkt aus ihr hervorgehen. Wenn wir das nur wollen!

Bleiben Sie gesund!

*Ihr Rainer Wieland
Präsident der Europa-Union Deutschland*

Europa, China und die USA Die Thukydide Falle vermeiden

Europa steht vor gewaltigen außenpolitischen Herausforderungen, denen es sich bisher nicht gewachsen zeigt. Dabei hätte es die Chance, in einem Maße zum Weltfrieden beizutragen, das weit über das bisherige europäische Friedensnarrativ hinausgeht. Europa wäre nicht mehr „nur“ die Lehre aus den Weltkriegen. Es hätte die Chance, aktiv zur Revitalisierung und Festigung einer multilateralen Weltordnung beizutragen. Tut es das nicht, wird es seine eigenen Werte von Demokratie, Herrschaft des Rechts und Respektierung unteilbarer Menschenrechte – und genau damit auch seine fundamentalen politischen und wirtschaftlichen Interessen im 21. Jahrhundert! – nicht wirksam verteidigen können.

Der auch für Europa entscheidende Faktor ist der Aufstieg Chinas zu neuer Weltmachtgröße. Chinas rasanter Aufstieg stellt in zunehmend aggressiver Weise die Weltordnung auf die Probe. Die Rivalität mit den USA, die nach dem Ende des Kalten Kriegs zunächst als einzige Weltmacht zu verbleiben schien, ist längst voll entbrannt. Europa sucht, das zeigen die Brüsseler Überlegungen zu einer „strategischen Autonomie“, nach einem sicheren Ort, von dem aus es diese Rivalität unbeschadet überstehen kann. Ob das als „großregionale Schweiz“ gelingen wird, ist jedoch mehr als fraglich. Vielmehr kann und

muss Europa wesentlich dazu beitragen, die Thukydide Falle, einen unvermeidbar erscheinenden Zusammenprall Amerikas und Chinas, abzuwenden. Die Mitgliedstaaten müssen ihrer EU schnell genau diese Rolle zuweisen, weil nur die EU als Ganzes die dafür notwendige potenzielle Stärke hat. Deswegen muss sich jeder Mitgliedstaat – ob groß oder klein – endlich bewusst werden.

Der attische Stratege Thukydides hat dank seines großen, wenn auch unvollendeten Geschichtswerks über den Peloponnesischen Krieg (431 bis 404 v. Chr.) die Zeiten überdauert. Im Peloponnesischen Krieg wurde die etablierte Vormacht Athen von dem aufstrebenden Sparta herausgefordert. Der von Athen angeführte Attische Seebund und der von Sparta beherrschte Peloponnesische Bund führten über zweieinhalb Jahrzehnte Krieg gegeneinander. Danach war Athens Vorherrschaft gebrochen, aber auch Spartas Hegemonie war nur von kurzer Dauer. Es folgten ein Jahrhundert der Instabilität und weiterer Kriege, ehe Mazedonien die Welt eroberte.

Wenn man heute von der Thukydiden Falle spricht, ist die nahezu unausweichliche gewalttätige Konfrontation zwischen einer etablierten und einer aufstrebenden Großmacht gemeint. Der Politologe Graham



*Der griechische Geschichtsschreiber Thukydides
Foto: Rufus46, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons*

Allison gebrauchte dieses Bild 2015 unter Bezug auf die Regel, die Thukydides damals aufstellte.

Tatsächlich haben derartige Konstellationen in der bisherigen Menschheitsgeschichte zwar nicht in jedem Fall, aber zumeist mit großer Regelmäßigkeit, zu Kriegen geführt. Gerade deshalb lohnt für die Verantwortlichen in Brüssel ein Blick auf die Geschichte vermiedener (!) Kriege. Die Welt steht heute vor der Herausforderung, die Thukydide Falle mit Blick auf die Rivalität zwischen China und den USA zu vermeiden, weil andernfalls die Folgen verheerend wären – auch für Europa.

Die Europäische Union verfolgt gegenwärtig ein „Konzept“, für das es die schönen englischsprachigen Worte „muddling through“ gibt. Frei übersetzt heißt das „Sich-Durchwursteln“. Das wird aber nicht ausreichen, wenn die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern zuverlässig und dauerhaft Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sichern soll. Die europäische Ordnung beruht auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit. Das gilt nicht nur für ihre innere Verfasstheit und die ihrer Mitgliedstaaten, wo es bekanntlich zunehmend Probleme gibt. Das gilt auch unabdingbar für die Verfasstheit der internationalen Ordnung. Tritt dort zunehmend an die Stelle der Stärke des Rechts das Recht des Stärkeren, wird sich die mit der Rechtsstaatlichkeit untrennbar verbundene freiheitliche Demokratie in Europa nicht bewahren lassen.

Gemeinsam handeln

Ob die chinesische Führung das Investitionsabkommen mit der EU, das zum Jahresende unter großer Eile und recht überraschend noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft durchgepeitscht wurde, auch dort ernsthaft honorieren wird, wo es mehr im Charakter wechselseitiger Absichtserklärungen formuliert wurde, ist offen, ja muss sogar bezweifelt werden. Ob der Zeitpunkt des Abschlusses, kurz vor der Vereidigung des neu gewählten US-Präsidenten, Europa genutzt hat, ist recht fraglich. Denn Europa kann China gerade in Zeiten belasteter Beziehungen Treue zu Wortlaut und Geist des Vertrages – wenn überhaupt – nur im engsten Schulterschluss mit den USA abverlangen oder abtrotzen. Deshalb liegt die entscheidende Chance Europas – trotz der gewaltigen innenpolitischen Probleme der USA, die sich gar nicht so sehr von manchen gesellschaftlichen Spaltungen in Europa unterscheiden – in einer neuen und unverrückbar festen Verankerung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Vielfach wird leider übersehen und nicht angemessen gewürdigt, wie maßgebend die Rolle Amerikas über die militärische Leistung im Zweiten Weltkrieg hinaus gerade für die Verwirklichung der großen europäischen Idee war. Aber mit Blick auf die Überlebensfragen der Gegenwart muss

Dankbarkeit nicht im Vordergrund stehen. Es gibt zwingende Gründe dafür, dass die EU mit den USA und allen verbündeten Demokratien wie Großbritannien, Kanada, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland, um nur die prominentesten zu nennen, enger als zuletzt zusammenrückt und dabei alles unterlässt, was gelegentlich mit dem Wort „Äquidistanz“ beschrieben wird. Die Vorstellung eines gleichen Abstands zu den USA und China und womöglich noch Russland ist nachgerade töricht.

Nur gemeinsam können die rechtsstaatlich verfassten Staaten und Staatenverbände sicherstellen, dass die bestehende Weltordnung, so unvollkommen sie sein mag, eine offene und auf fairen Interessenausgleich ausgerichtete bleibt. Die Volksrepublik China, das heißt die Kommunistische Partei Chinas, setzt leider zunehmend und aggressiv auf das Recht des Stärkeren. Verträge werden nur so lange eingehalten, wie dies den Hegemonialansprüchen der Herrscher des Reichs der Mitte nützlich erscheint. Hong Kong ist brutal abstoßendes Beispiel, das uns alle mahnen sollte, China den eklatanten Bruch völkerrechtlich eingegangener Verpflichtungen nicht durchgehen zu lassen. Wenn das Vereinigte Königreich oder Kanada oder Australien hier angemessen reagieren, darf die EU nicht nur zusehen, sondern muss diesen Staaten beistehen.

Die zu verfolgende Strategie der EU muss eine der kooperativen Eindämmung sein. Kooperative Eindämmung meint, anders als das „Containment“ des Kalten Krieges, dass Europa und seine Verbündeten Chinas legitime Interessen und selbstverständlich seine Rechte achten – ja selbst zu verteidigen bereit sind, gleichzeitig aber konzertiert mit politischer Härte und diplomatischer Konsequenz reagieren, wenn etwa Taiwan bedroht wird oder Konzentrationslager zur Umerziehung von Minderheiten wie im Falle der Uiguren unterhalten werden.

Das Spiel aufbrechen

China verfolgt eine Langfriststrategie, die sich im Grunde mit „Wandel durch Handel“ umschreiben lässt, wobei der Wandel hier nicht mehr demokratische und rechtsstaatliche Öffnung bedeutet. Deutschland ist bereits in erheblichem

Maße wirtschaftlich von China abhängig. Und wirtschaftliche Abhängigkeit ist per se nicht schlecht, solange sie auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit fußt, weil sie damit die verbundenen Staaten und Regionen auch zu gegenseitiger Rücksichtnahme zwingt. Auf zu einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit dagegen folgt zwangsläufig auch die politische. Die Belt and Road Initiative, das Seidenstraßenprojekt, dient mit seinen großzügigen „Geschenken“ und Investitionen nichts anderem als der Schaffung einseitiger politischer Abhängigkeiten. Die KP Chinas orientiert sich mit hoher Intelligenz an der Strategie Sunzis, ein Clausewitz des ersten vorchristlichen Jahrtausends und einer der bedeutendsten strategischen Denker der Menschheitsgeschichte. Peking verfolgt konsequent die Strategie, Konkurrenten mit großer Freundlichkeit Zug um Zug so einzuengen, dass sie am Ende keine Optionen mehr haben, wenn China sie nicht gewährt.

Das klar zu benennen, ist keine Absage an intensive Zusammenarbeit mit China. Im Gegenteil: sie ist schon aufgrund der schieren Größe des Landes unverzichtbar zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit, vor allem der Bekämpfung der Erderwärmung, für die Sicherung von Frieden und Wohlstand und die immer weitere Zurückdrängung von Armut und Krankheit in der Welt. Europa wird seine Werte aber nur bewahren können, wenn es demokratische Allianzen festigt, die das Spiel, in das alle längst verwickelt sind, aufbrechen mit dem Ziel der Verteidigung und des Ausbaus einer offenen, auf Gegenseitigkeit und fairen Interessenausgleich ausgerichteten Weltordnung.

Allianz der Demokratien

Der neue amerikanische Präsident Joe Biden hat bereits im Frühjahr 2020 in einem Artikel in „Foreign Affairs“ von der Schaffung einer Allianz der Demokratien gesprochen. Das ist die richtige Freiheits- und Friedensstrategie, der sich gerade auch die EU verschreiben sollte, statt von strategischer Autonomie zu träumen, die mangels entsprechender Ressourcen geradewegs in eine unfreie Welt führen müsste und das Ende Europas, wie wir es kennen und schätzen, bedeuten dürfte.



Europa kann, wenn es sein relatives Gewicht in die Waagschale der Weltpolitik legt, dazu beitragen, die Welt sicherer und friedlicher zu machen. China braucht die Absatzmärkte in Europa und Nordamerika. Halten die EU, die USA und ihre gleichfalls an einer offenen Weltordnung interessierten Partner zusammen, kann die jetzige Strategie der Machthaber in Peking nicht aufgehen. Sie müssen sich glaubwürdig den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Weltmaßstab annähern. Aber nur eine feste Allianz der Demokratien kann diesen Prozess der nicht-aggressiven Einhegung Chinas wirksam befördern.

*Peter Clever,
Ministerialdirektor a. D., ist Mitglied im EU-China Round Table auf Seiten des EWSA, dem er auf Vorschlag der BDA angehört.*

*Christian Moos,
Generalsekretär der Europa-Union, ist Präsident des Begleitausschusses für die transatlantischen Beziehungen im EWSA, dem er auf Vorschlag des dbb angehört.*



Inauguration Day in Washington: Seit 21. Januar regiert Joe Biden in den USA. Er will mit einer „Allianz der Demokratien“ die multilaterale, offene Weltordnung stärken. Die EU sollte sich dieser Freiheits- und Friedensstrategie mit den amerikanischen und gleichgesinnten Partnern verschreiben.

Foto: The White House, Public domain, via Wikimedia Commons

Neue Spitze gewählt

Am 3. Februar wählten die 63 Mitglieder der Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament einen neuen Vorstand.

Der neue Vorsitzende Niklas Nienaß kündigte eine enge Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Verband der Europa-Union sowie mit dem Bundesverband der JEF an. Dem Grünen Nienaß zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende Hildegard Bentele (CDU), Europa-Union-Vizepräsidentin Gabriele Bischoff (SPD), der langjährige Europa-Union Landesvorsitzende Bayern, Markus Ferber (CSU), und Andreas Glück (FDP).

EUD-Präsident Rainer Wieland eröffnete die Mitgliederversammlung mit einem optimistischen Ausblick auf die weitere Entwicklung der föderalistischen Verbände und unterstrich, dass die Parlamentarier bei aller Vielfalt ihrer politischen Auffassungen das Bekenntnis zu einem starken und hand-

lungsfähigen Europa eint. Generalsekretär Christian Moos warb für die Einbindung der Parlamentariergruppe in die Konferenz über die Zukunft Europas und Prof. Frank Hoffmeister, Vorsitzender der Europa-Union Brüssel, kündigte auch mit Blick auf das Superwahljahr eine Reihe von hochkarätigen überparteilichen Veranstaltungen an.

Wieland betonte die Bedeutung der EUD-Parlamentariergruppen in Deutschem Bundestag und Europäischem Parlament. Nienaß, der bereits mit dem Vorsitzenden der Parlamentariergruppe im Bundestag, Manuel Sarrazin, zu gemeinsamen Initiativen im Austausch ist, hat vor allem die Konferenz über die Zukunft Europas und die Einbindung von Europa-Union und



Stark vertreten: die Europa-Union im Europäischen Parlament. Die Parlamentariergruppe hat 63 Mitglieder.

Foto: Europäische Union

JEF fest in den Blick genommen. Die Teilnehmenden der Mitgliederversammlung, zu denen unter anderen Katarina Barley, Christine Schneider, Marion Walsmann, Sabine Verheyen, EBD-Vizepräsident Michael Gahler, Moritz Körner, Daniel Freund, Nicolas Herbst, Andreas Schwab, Ralf Seekatz, Christian Doleschal und Sven Schulze gehörten, waren sich darin einig, mit ihrem Zusammenschluss einen Mehrwert für die Europa-Union erbringen zu wollen. ■

Europa – Wir müssen reden!

Unsere Bürgerdialogreihe im Ausnahmejahr

Wir waren nervös. Unser erster Online-Bürgerdialog stand bevor und wir hatten nicht nur das Konzept der Reihe in kürzester Zeit komplett überarbeitet, sondern waren auch ins Home-Office umgezogen. Würden sich die Techniktests auszahlen? Wie stabil war die Internetverbindung im heimischen Wohnzimmer? Und hatten die Menschen Lust, in einer so ungewissen Zeit über Europas Zukunft zu sprechen? Sie hatten! Was im Frühjahr 2020 als improvisiertes Dialogangebot begann, mündete in eine Erfolgsgeschichte.

Als die Pandemie das öffentliche Leben lahmlegte, gelang es uns mit Online-Dialogformaten, den politischen Austausch lebendig zu halten. Mit unseren Bürgerdialogen bauten wir nun erstmals an tragfähigen digitalen Brücken zwischen Bürgerschaft, politischen Entscheidungsträgerinnen und Ex-

perten. Wichtig waren uns dabei – im Netz wie sonst auch vor Ort – eine offene Gesprächsatmosphäre, Augenhöhe zwischen den Beteiligten, vielfältige Perspektiven und Interaktivität. Schwerpunkte waren Europas Antwort auf die Pandemie und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Das Bedürfnis der Gäste war unerwartet groß, sich darüber im direkten Gespräch mit Menschen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auszutauschen, Sorgen und Ängste zu kommunizieren oder für Ideen und Standpunkte zu werben.

Mit 14 Bürgerdialogen konnten wir über 1.100 direkte Teilnehmende erreichen. Zudem beteiligten sich viele Landes- und Kreisverbände an der Reihe. So wurden vor Ort mit großem Engagement dezentrale Formate entwickelt, die unter dem Titel „Quartiersgespräch“ ideal an die Zielgruppen

und Gegebenheiten ihrer Region angepasst waren. An insgesamt 28 Quartiersgesprächen nahmen über 550 Menschen teil. Trotz schwieriger Ausgangslage im Corona-Jahr konnten wir so bundesweit über 1.650 Menschen am Zukunftsdiskurs beteiligen und dazu 4.000 Menschen via Streams für unsere Themen gewinnen. In über 64 Stunden Dialogzeit waren rund 72 Politikerinnen und Experten – wie etwa Arbeitsminister Hubertus Heil und EU-Kommissar Nicolas Schmit – gesprächsbereit.

Nervös sind wir längst nicht mehr, sondern gespannt auf das, was uns alle 2021 bewegt. Wir freuen uns daher sehr, dass unsere bundesweite Reihe „Europa – Wir müssen reden!“ bald in eine neue Runde startet. Wir laden Sie herzlich ein, dabei zu sein! Melden Sie sich unter buergerdialoge@europa-union.de zu unserem Termin-Newsletter an oder schauen Sie auf www.eud-buergerdialoge.de vorbei. Sie möchten sich selbst aktiv mit einer Veranstaltung an unserer Reihe beteiligen? Sprechen Sie uns an, wir helfen gerne weiter. ■

EuropaUnion Deutschland

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft - Bürgerwünsche und Bilanz

WIR MÜSSEN REDEN!

64 Dialogstunden

1650 Teilnehmende

72 Politiker*innen und Expert*innen zu Gast

LEGENDE

- = noch ausstehend
- ✓ = angestoßen
- ✓✓ = erfolgt

Ergebnisse der Bürgerdialoge 2020 der Europa-Union Deutschland e. V.

Illustration von Christine Oymann

Illustration: Christine Oymann

Genug vorbereitet!

Warum die Konferenz zur Zukunft Europas nicht mehr verschoben werden kann

Das Versprechen für eine Konferenz zur Zukunft Europas weckte große Hoffnungen am Anfang der neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und nach einer Europawahl, die von einem großen Interesse insbesondere junger Europäerinnen und Europäer geprägt war.

Im Dezember 2019 hat Ursula von der Leyen als Präsidentschaftskandidatin der Europäischen Kommission den Europaabgeordneten im Straßburger Plenarsaal die Einberufung einer zweijährigen Konferenz zur Zukunft Europas versprochen.

Das Kernanliegen dieser Initiative besteht darin, die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken. Die Konferenz zur Zukunft Europas kann als ergebnisoffener Prozess und in enger Abstimmung mit Bürgern und Bürgerinnen wesentlich dazu beitragen, dass die EU in Zukunft wieder handlungsfähiger und demokratischer wird und über die notwendigen Kompetenzen und Instrumente verfügt, um auch weiterhin Frieden und das Wohlergehen ihrer Bürger zu gewährleisten.

Das Europäische Parlament hat innerhalb kürzester Zeit ein innovatives Konzept für die Konferenz zur Zukunft Europas ausgearbeitet, das der Erwartungshaltung dieser Initiative gerecht wird. Orientiert an der Struktur des Europäischen Konvents, fordert es einen klaren Rahmen für diesen auf zwei Jahre angesetzten Reformprozess, in dessen Mittelpunkt die europäischen Bürgerinnen und Bürger stehen – und zwar von Anfang an. Aus Sicht des Europäischen Parlaments müssen neben institutionellen Vertretern aus den nationalen Parlamenten und europäischen Institutionen auch Bürger und Jugendliche direkt an der Konferenz über die Zukunft Europas beteiligt werden.

Diese Initiative bedarf für uns Europaabgeordnete einer neuen Form der repräsentativen Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene und der Teilnahme von zufällig ausgewählten Unionsbürgerinnen und -bürgern, die die Vielfalt der EU widerspiegeln. Diese „Agoren“ sollen zudem durch Jugendagoren ergänzt werden, um auch der

besonderen Rolle von jungen Europäerinnen und Europäern Rechnung zu tragen. Aus Sicht des Europäischen Parlaments sollen die Agoren gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen, politische Prioritäten formulieren und konkrete Vorschläge für deren Umsetzung auf Unionsebene ausarbeiten, mit denen sich in einem zweiten Schritt die Plenarversammlung befassen sollte.

Viel Zeit ist seit der Ankündigung dieser Initiative vergangen. Alle drei EU-Institutionen haben ihre Positionen zur Organisation und Durchführung der Konferenz zur Zukunft Europas veröffentlicht. Leider ist es ihnen bislang nicht gelungen, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen.

Gerade bei den Vertretern der Mitgliedstaaten hielt sich die Begeisterung über eine Konferenz zur Zukunft Europas in Grenzen. Bislang ging es im Rat hauptsächlich um Kompetenz- oder Personalfragen. Dabei führt genau dieser Fokus auf ausschließlich nationale Interessen dazu, dass der Rat wie keine andere EU-Institution für die Blockaden und mangelnde Handlungsfähigkeit der EU verantwortlich ist.

Die Verzögerungstaktik einiger Mitgliedstaaten könnte dazu führen, dass diese Initiative an Ansehen und Glaubwürdigkeit verliert, noch bevor ihr Startschuss fällt. Es sagt viel über den Zustand der EU aus, wenn politische Verantwortungsträger nicht einmal in der Lage sind, eine partizipatorische und innovative Debatte zur Zukunft Europas zu ermöglichen, die keinen verbindlichen Charakter hat. Wir setzen mit dieser Haltung das wiedergewonnene Vertrauen vieler Menschen aufs Spiel und riskieren, dass sich viele wieder enttäuscht von Europa abwenden.



Gabriele Bischoff ist stellv. Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.
Foto: EP

Nach der finnischen, kroatischen und deutschen Ratspräsidentschaft koordiniert nun die portugiesische Ratspräsidentschaft die Konferenz zur Zukunft Europas im Rat. Es handelt sich wohl um die Ratspräsidentschaft der letzten Chance: Die kommenden Wochen werden entscheidend sein für die Realisierung oder aber für das vorzeitige Scheitern der Konferenz zur Zukunft Europas.

Gabriele Bischoff MdEP
Vizepräsidentin der
Europa-Union Deutschland

Wir sind dabei!

Eine Arbeitsgruppe „Zukunftskonferenz“ des Europa-Union-Bundesverbandes hat seit Kurzem auf Initiative des Präsidiums ihre Arbeit aufgenommen. Die Europa-Union will den Konferenzprozess kritisch-konstruktiv zum Verfahren begleiten und ihre föderalistischen Forderungen zu den in der Konferenz aufgeworfenen inhaltlichen Fragestellungen kommunizieren. Die EUD-Verbände sollen Ideenvorschläge für Bürgerforen parallel zu den Diskussionen in der Konferenz vor Ort erhalten. ■

Brandenburg

Virtuell ins neue Jahr

Den Neujahrsempfang 2021 musste die Europa-Union Havelland coronabedingt vom traditionellen Veranstaltungsort in den virtuellen Raum verlegen. Über 40 Mitglieder und Freunde des Verbandes hatten sich zur Online-Veranstaltung angemeldet. Kreisvorsitzender Hans-Peter Pohl konnte als Festrednerin Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), begrüßen, dazu die Vizepräsidentin des brandenburgischen Landtags Barbara Richstein (CDU) und den SPD-Landtagsabgeordneten Johannes Funke sowie EUD-Generalsekretär Christian Moos und Brandenburgs Landesvorsitzenden Wolfgang Balint. In seiner Begrüßung nannte Pohl die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen im Havelland als einen Schwerpunkt der Arbeit. Ein weiterer ist eine Tagung zum 30-jährigen Bestehen der deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks.

Die Viadrina-Präsidentin betonte in ihrem Vortrag: „30 Jahre intensive deutsch-polnische Zusammenarbeit zwischen der

Adam-Mickiewicz-Universität und der Europa-Universität Viadrina und zwischen vielen anderen gesellschaftlichen Organisationen haben ein festes Netz gewebt, das Menschen grenzüberschreitend verbindet.“ Es trage dazu bei, die Herausforderungen der Zukunft als gemeinsame zu sehen und zu bearbeiten.

Die Universität sehe sich „durch ihr praktisches Wirken im grenznahen Raum als Vorreiter einer europäischen Lebensweise“, wie dies andernorts in grenznahen Räumen auch geschehe. Von Blumenthal sieht aber Handlungsbedarf: „Wir erleben immer wieder ganz praktisch, dass nationale, aber auch europäische Normsetzung grenzüberschreitende Lebensweisen nicht hinreichend berücksichtigt.“

Ebenso wie die Festrednerin sehen auch Moos und Balint in der durch die Pandemie ausgelösten Krise „einen möglichen Wendepunkt und damit eine Chance hin zu einem stärkeren europäischen Denken“. Von Blumenthal: „Aber es braucht starke Kräfte, die eine solche Sichtweise unterstützen.“ Hier sehen sowohl Moos als auch Balint den wichtigen Beitrag der Europa-Union. „Der Einsatz für Demokratie und Völkerverständigung ist in dieser turbulenten Zeit wichti-



Über die Oder hinweg verbunden: Blick auf das Gemeinschaftsprojekt Collegium Polonicum. Viadrina-Präsidentin Julia von Blumenthal berichtete über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Adam-Mickiewicz-Universität und die zivilgesellschaftlichen Verbindungen.

Foto: Heide Fest

ger denn je: Wir bieten die Plattform dafür“, unterstrich Moos und dankte dem Kreisverband für sein Engagement. Balint ergänzte mit Blick auf den Sturm auf das Kapitol in den USA: „Wir sind als überzeugte Europäer, als überparteilich und ehrenamtlich agierende Vereinigung hier in Brandenburg und in Deutschland aufgerufen, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass diese Zustände nicht auch bei uns umgreifen.“

Hans-Peter Pohl

Berlin

Dem Trend trotzen

Kann ein neues Jahr besser starten als mit einem Neumitgliedertreffen? Nein. Warum? Weil Freiwilligen-Engagement gerade dieser Tage keine Selbstverständlichkeit ist. „Corona bringt Ehrenamt in Gefahr“, zitierte der Tagesspiegel vor Kurzem aus einer Studie des Berliner Senats. Ein Viertel der befragten Organisationen in Berlin beklagen demnach einen pandemiebedingten Mitgliederschwund. Die Europa-Union Berlin trotzt diesem Trend.

Wir erleben für unsere Arbeit und Angebote viel Zuspruch von Interessierten, kürzlich eingetretenen Mitgliedern und den „alten Hasen“. An einem Donnerstag im Januar zur besten Sendezeit fanden 20 Leute ihren



Fast wie eine Frischzellenkur: Der Landesverband Berlin freut sich über neue Mitglieder.

Grafik: EUD Berlin

Weg in unser digitales Neumitgliedertreffen. Die Menge war ganz gemischt: Interessierte aus verschiedensten Fachrichtungen und jeglichen Alters, Berlinerinnen und Berliner, die Lust haben, sich mehr zu engagieren.

Mit einer kurzen Präsentation gab es einen Ritt durch die Geschichte der EUB, die Erklärung unserer Gremien und Arbeitsweise und am wichtigsten: die Vorstellung unserer Mitmach-Projekte.

Allen voran steht derzeit unsere Kampagne #Europainbesterverfassung zur Änderung der Berliner Landesverfassung im Mittelpunkt. Neue Mitglieder bedeuten auch immer eine Frischzellenkur für die bestehenden Formate und Aktionen. Wir freuen uns über neue Ideen und frischen Wind und können es kaum erwarten loszulegen. Wir haben uns für dieses und die kommenden Jahre viel vorgenommen. Die Landesverfassung und das gesellschaftliche Leben mit europäischem Leben zu füllen, schafft man nicht alleine, sondern nur mit vielen begeisterten Engagierten. Und genau darauf freuen wir uns!

Verantwortlich: Katharina Borngässer

Hessen

Zukunftsdiskurs

„Welche Zukunft hat die EU-Zukunftskonferenz?“ lautete der Titel einer spannenden Online-Diskussion, zu der sich über 20 Teilnehmende virtuell mit dem Landesvorsitzenden Thomas Mann und Prof. Dr. Sven Simon MdEP zusammenschalteten. Simon berichtete über die gegenwärtige Arbeit im Europäischen Parlament unter Pandemie-Bedingungen und gab einen Überblick über die EU-Zukunftskonferenz, die durch die Pandemie ins Stocken geraten ist.

Unter den Anwesenden entwickelte sich ein reger Austausch zur Rolle und Zukunftsperspektive der Europäischen Union. Gerade die Pandemie habe gezeigt, dass großer Handlungsbedarf in zentralen Handlungsfeldern der Gemeinschaft bestehe. Das Interesse verschiedener Multiplikatoren, sich mit eigenen Ideen und Vorstellungen in den Zukunftsprozess einzubringen, ist dem Vernehmen nach groß.

Die Europa-Union Hessen will weiter eine starke Stimme für Basis- und Bürgerbeteiligung sein und den Einigungsprozess konstruktiv voranbringen.

JEF

Auf dem Weg zum Landesausschuss: Die JEF Hessen steuert auf die Schaffung eines Landesausschusses als Gremium zum Austausch der regionalen Verbände zu. Neben den Sektionen Darmstadt, Mainz-Wiesbaden und Kassel sind vor allem die JEF Frankfurt und die JEF Marburg, welche mit ihrer Aktivität in die Öffentlichkeit gedringen sind und sich in ihrer Region vernetzen und als zivilgesellschaftliche Akteure in Position gebracht haben. Am 15. Dezember lud der Landesvorstand zu einem ersten „Koordinationstreffen Landesausschuss“. Denn es gibt noch formale Probleme, die es aus dem Weg zu räumen gilt, bevor der Landesausschuss formal tagen und Beschlüsse fassen kann: Delegierte müssen gewählt werden, um sich überregional austauschen zu können. Wer an den Aktivitäten der JEF Hessen interessiert ist, wendet sich an deren Vorsitzenden Friedel Pape: f.pape@jef-hessen.de.



Mehr Austausch als Ziel: Die JEF plant einen Landesausschuss. Grafik: JEF Hessen

Frankfurt / Main

Wieder alles virtuell: Seit dem Lockdown im November hat der Kreisverband erneut nur Online-Events durchgeführt.

Bei einem Talk mit Unternehmensberater Yaya Jaiteh wurden die Konzepte „diversity, inclusion, equity“ lebendig diskutiert. Im Fokus stand dabei, wie man es schafft, das Zugehörigkeitsgefühl in einer Organisation zu fördern. Wer die eigene Identität in der Arbeit leben kann, ist wesentlich leistungsfähiger und trägt zum Allgemeinwohl bei. Als multikultureller Verein mit verschiedenen Nationalitäten unter den Mitgliedern ist das auch der Schlüssel zum Erfolg der Europa-Union Frankfurt.

Im Dezember hat der Kreisverband seine Mitglieder und auch international Interessierte mit irischen Freunden zusammengebracht, um die Folgen des Brexit zu ver-



Diversität, Inklusion, Verteilungsgerechtigkeit, Zugehörigkeit: Darum ging es im Gespräch mit Yaya Jaiteh. Foto: EUD Frankfurt

stehen. Mit etwa 60 Gästen wurde teilweise hitzig über die irische Situation debattiert und Wissen aus erster Hand vermittelt. Die persönlichen Erfahrungen der irischen Freunde, welche ohne EU- und Politik-Jargon freimütig erzählten, animierten die Teilnehmer besonders.

Die letzte Veranstaltung im Jahr 2020 war eine Einführung in die neue Welt der Weltraumtechnologie. Was für viele der 50 Teilnehmenden erstmal – im wahrsten Sinne des Wortes – weit weg klang, wurde vom „Smart Antenna“-Experten Michael Wittek (Merck Darmstadt) alltagstauglich heruntergebrochen. Kern des Gesprächs waren die „Starlink“-Satelliten von Elon Musk, die in erdnaher Umlaufbahn um die Welt kreisen und uns noch schnelleres und zuverlässigeres Internet bringen sollen: jederzeit und überall auf der Erde. Tausende dieser Satelliten umkreisen bereits die Erde, weitere tausende werden folgen – ganz ohne die EU.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Europastadt am Rhein: Zum Beginn des neuen Jahres stehen gleich zwei große Projekte an. Wiesbaden soll die Ehrenbezeichnung „Europastadt“ erhalten. Im Frühjahr soll die Stadtverordnetenversammlung darüber diskutieren. Gleichzeitig sollen die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien in den Vordergrund gerückt werden, erklärt Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz. Sobald es die Corona-Situation zulasse, werde der Verband eine Vortragsveranstaltung mit Delio Miorandi veranstalten, der über 20 Jahre Vorsitzender der Europa-Union Groß-Gerau war und als Autor des Buches „Antonio – Vom Eselspfad ins Wirtschaftswunder“ autobiographisch den Werdegang eines Jungen aus Sizilien beschreibt, der es in Deutschland zu etwas gebracht hat.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Niedersachsen

Landestagung im Online-Modus

Wir blicken auf ein besonderes Jahr 2020 zurück. Die Pandemie hat auch die Europa-Union in ihrer Arbeit beeinflusst: eingeschränkt, teils aber auch zu neuen Wegen und Ansätzen motiviert. So gab es im November eine Online-Landestagung mit einem Impulsreferat des Generalsekretärs der Europa-Union Deutschland, Christian Moos. Zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft lieferte Moos einen inhaltlich sehr gelungenen, umfangreichen „Rundumschlag“ zur aktuellen Lage der EU ab.

Gerade die Europa-Union bewies, dass Online-Formate eine gute Alternative zu klassischen Präsenzveranstaltungen sein können, und bot landes- und bundesweit, teils sogar international, zahlreiche spannende Veranstaltungen im virtuellen Raum an. Wir werden diese positiven Erfahrungen auch im Landesverband für neue Formate nutzen. Zahlreiche Kreisverbände bieten inzwischen auch Videokonferenzen und -vorträge an. Zudem besteht die Möglichkeit – stärker als bisher, da Reise- und Unterbringungskosten entfallen – auch als „einfaches“ Mitglied an den digitalen Angebotsformaten des Bundesverbands teilzunehmen.

Bad Pyrmont

Weihnachtspost statt Adventsfeier:

Am 4. Dezember sollte die traditionelle Adventsfeier des Kreisverbands stattfinden, die nicht nur von Mitgliedern und Freunden immer gut angenommen wurde, sondern auch von der Bad Pyrmontener Bevölkerung. Über den Ausfall dieses stimmungsvollen Events war man im Vorstand sehr bekümmert; war es doch neben den Studienreisen der Höhepunkt im Jahresplan.

So entstand die Idee einer „Weihnachtspostille“, mit Gedichten und Geschichten aus eigener Feder oder übernommenen. Zum Auftakt blickt Rainer Wieland, EP-Vizepräsident und EUD-Präsident, nach vorn



Schriftführerin Angelika Nousch überreicht Bürgermeister Klaus Blome die Weihnachtspostille.
Foto: M. Nousch

(„Auf zu neuen Ufern“). Es gibt Geschichten von Erwachsenen und Kindern, so von Jungen, die sich unter dem Sofa versteckten, oder von Mädchen mit vertauschten Wunschzetteln. Der Schlossherr der Hämelshenburg, Lippold von Klencke, berichtet von einem berühmten NATO-General, der als Besucher im Schloss weilte. Reisekaufmann Kröger testet Reisen in aller Welt. Die



Das Titelbild der Postille: Hylliger Born mit Europaflagge von Horst Adam
Foto: C. Kiel

dänischen Weihnachtsbräuche übermittelt Vibke Brossier, ihr Ehemann Antoine berichtet aus seiner Heimat Frankreich, sogar mit Rezepten. Oui, die Europa-Union ist international. Familie Adam kann über die

nordischen Länder so Allerlei erzählen. Von einer in Polen geborenen Kunstmalerin sehen wir weihnachtliche Motive, während Ehemann Uwe vom Weihnachtsbraten auf der Arbeit im Kernkraftwerk etwas vorwärmen kann. Und es gibt noch viel mehr zu lesen! Eine schöne Lektüre, nicht nur zur Weihnachtszeit.

Braunschweiger Land

Digitaler Euro-Treff mit Veronika Koch:

Nach coronabedingter Pause hat nun der Regionalverband erfolgreich digital die aktive Arbeit wieder aufgenommen: Bei dem virtuellen Euro-Treff mit der Landtagsabgeordneten Veronika Koch aus Grasleben nahm zeitweilig auch der Landesvorsitzende Harm Adam aus Göttingen teil. Angesprochen wurde eine Fülle wichtiger Themen, so die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf Europa und Niedersachsen (inklusive des EU-Konjunkturprogramms), aber auch die Förderung von Europaschulen, die Aufnahme von Europa in die niedersächsische Landesverfassung oder ein Entschließungsantrag im Landtag, in dem viele Aktivitäten zu Europa in der Corona-Krise gebündelt sind.

Von besonderem Vorteil war, dass Veronika Koch nicht nur Mitglied des zuständigen Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung des Niedersächsischen Landtages ist, sondern auch Bürgermeisterin der Gemeinde Grasleben, die eine Partnerschaft mit der französischen Kommune Oulchy-Le-Château unterhält, sodass sie auch ganz praktisch und konkret über vergangene und aktuelle Erfahrungen im europäischen Austausch berichten konnte, was die Diskussion sehr anschaulich und lebensnah gestaltete. Es ist geplant, die Euro-Treffs fortzusetzen – je nach Lage der Corona-Pandemie entweder vor Ort oder digital.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Saarland

Impulse setzen

Das Jahr 2020 war für Europa zweifellos ein sehr schwieriges Jahr. Es begann mit dem bedauerlichen Austritt Großbritanniens aus der EU Ende Januar. Ende Februar bzw. Anfang März offenbarte sich mit der menschenrechtlichen Notlage an der griechisch-türkischen Grenze das Versagen europäischer Außen-, Sicherheits-, Asyl- und Migrationspolitik. Mitte März brach schließlich die Corona-Pandemie über Europa herein, mit fatalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Von einem Tag auf den anderen waren die zusammengewachsenen Lebensräume entlang der Grenzen wieder von Barrieren und Grenzkontrollen durchtrennt. Gegen diese unkoordinierten Grenzschießungen in nationalen Alleingängen auf dem Rücken des europäischen Projektes und dem europäischen Grundrecht der Freizügigkeit hat der Landesverband protestiert. Seinen Aufruf an die politischen Entscheidungsträger von Anfang April, unverzüglich alle Grenzübergänge zwischen dem Saarland und Frankreich sowie Luxemburg zu öffnen, unterstützten mehr als 200 Personen aus Wissenschaft, Politik und Ge-

sellschaft der Großregion. Bis zum 16. Mai wurden alle Grenzbarrieren abgebaut. Der Protest aus der Zivilgesellschaft, an dem der saarländische Landesverband Anteil hatte, hat also Wirkung gezeigt.

Die europäischen Föderalisten im Saarland sind überzeugt davon, dass von der Großregion aus wichtige Impulse für die Demokratisierung und Föderalisierung der EU gesetzt werden können. Anlässlich des 70. Jahrestages des Studentensturmes auf die Grenzanlagen bei St. Germanshof-Wissembourg am 6. August hat der Landesverband deshalb Kontakt zu den Partnerverbänden in der Großregion und der Oberrhein-Region aufgenommen und eine gemeinsame Resolution veröffentlicht, mit der wir die Forderungen nach einem vereinten Europa ohne Grenzen erneuerten.

Zusammen mit Prof. Dr. Thomas Giege- rich, Lehrstuhl für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht, Direktor des Europa Instituts der Universität des Saarlandes, und Karl-Heinz Lambert, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, hat der Landesverband beim zweiten „Online-Meeting mit Europa“ am 26. November Thesen seines Strategie- papiers diskutiert, wie die Großregion zum



Trauerflor am Ortsschild: Protest gegen die Grenzschießungen im Frühjahr 2020

Foto: EUD Saarland

Reallabor für eine föderale europäische Republik werden kann. Für Herbst 2021 ist nun ein politisches Kolloquium geplant, bei dem Experten aus der Großregion und der Oberrhein-Region ihre Vorschläge zur Föderalisierung und Demokratisierung Europas diskutieren und weiterentwickeln sollen.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Thüringen

Klausurtagung

In diesem Jahr stehen nicht nur die Bundestagswahlen, sondern in vielen Bundesländern auch Landtagswahlen an – so auch bei uns in Thüringen. In einer selbstverständlich digitalen Klausurtagung des Landesvorstands wurden die Weichen dafür gestellt, auch das Thema Europa in diese Wahlen aktiv einzubringen. Denn wir sind überzeugt davon, dass Europa auch in der Bundes- und Landespolitik hohe Relevanz haben sollte!

So planen wir, vor dem Wahltermin im September gemeinsam mit der JEF Thüringen eine Wahlarena zu veranstalten, die Kandidierende und relevante Personen der großen demokratisch ge-

sinnten Parteien auf ein Podium bringt, um sie zu fragen, was ihre Vorstellungen in Bezug auf Europa sind. Begleitet wird diese Aktion von Wahlprüfsteinen, die wir zuvor den Parteien zukommen lassen und deren Antworten wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit einsetzen werden. Wir hoffen, so unsere Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit bestmöglich und natürlich parteipolitisch unabhängig über die anstehenden Wahlen informieren zu können.

Auch abseits der Wahlen werden wir aktiv: Wir planen für das Jahr 2021 Interviewformate in lokalen Bürgerradios zu etablieren, um europäische Themen auch während der Kontaktbeschränkungen zu den Menschen zu bringen. Das Schulprojekt unseres Vorstandsmitglieds Jürgen Meyer, das wir aktiv fördern, möchten wir ebenfalls aufrecht erhalten und den Aus-

bau hin zu einem digitalen Format unterstützen. Auch unsere erneute Beteiligung am World Cleanup Day, der dieses Jahr am 18. September stattfindet, und die weitere Unterstützung dieses Projektes stehen bereits fest. So möchten wir ganz handfest das europäische Projekt eines „Green Deals“ voranbringen.

Verantwortlich: Mathias Staudenmaier



Nordrhein–Westfalen

Punkten mit Projektreihe

Mit sehr gemischten Gefühlen blickt der Landesvorsitzende Peter Wahl auf das Corona-Jahr 2020 zurück. „Nicht alles von dem, was wir uns vorgenommen hatten, konnten wir wie geplant gestalten. Für manche Veranstaltungen mussten wir andere Formate wählen, viele schöne Planungen mussten wir verschieben, einiges ist komplett ausgefallen.“ Da ging es dem Landesverband nicht anders als vielen anderen. Dennoch gelang es dem Vorstand mit Unterstützung einiger Kreisverbände, mit der vom Land geförderten Projektreihe zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu punkten. Ziel war es, die Schwerpunkte und Ergebnisse der EU-Ratspräsidentschaft vor dem Hintergrund der Interessen des Landes und den Zielsetzungen des eigenen Verbandes möglichst vielen Menschen verständlich zu erläutern. Coronagerechte Online-Angebote waren ebenso geplant wie die kleinteiligen Formate Küchentisch- oder Frühstücksgespräche. Letztere fielen leider der Corona-Schutzverordnung zum Opfer, dafür aber gewannen die Online-Formate an Gewicht.

Die Auftaktkonferenz am 2. September prägten Staatssekretär Dr. Mark Speich vom NRW-Europa-Ministerium, Dr. Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Dr. Linn Selle, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland. Moderiert von Dr. Sigrid Fretlöh vom TEAM-EUROPE stellten sie die Schwerpunkte und die jeweilige Interessenlage vor.

Weiter ging's mit einer Diskussionsveranstaltung des Kreisverbandes Monheim zum Klimawandel. Darin stellte man die Reduzierung der Erderwärmung als lebensnotwendig dar. Der Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg wandte sich der Fragestellung „Europa und die Welt“ zu und der Kreisverband Dortmund ergänzte den Themenblock mit einer Diskussion über die „Europäische Außenpolitik“. An die schwierige und bislang auch ungelöste Asyl- und Migrationspolitik der EU wagten sich dann die Kreisverbän-

de Aachen und Köln in einer gemeinsamen Online-Diskussion.

Da die geplanten kleinteiligen Gesprächsangebote mit Bürgerinnen und Bürgern zum Jahresende hin nicht durchgeführt werden konnten, lud der Kreisverband Steinfurt gemeinsam mit dem dortigen EDIC zur Online-Diskussion über das aktuelle Verhältnis zwischen der EU und China ein. „Wie stark ist die EU wirklich?“, lautete die Fragestellung.

Mit einer Nachbetrachtung bzw. einem Fazit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beschlossen zu Jahresbeginn 2021 die Kreisverbände Dortmund und Köln die erfolgreiche Projektreihe.

Bleibt noch zu erwähnen, dass der Landesverband den Kreisverbänden im Rahmen des Projektes ein Online-Qualifizierungsangebot mit Dr. Karin Wind offerierte, das sicherlich vielen Mut machte auf dem Weg zur weiterhin notwendigen digitalen Vereinsarbeit.

Bundestagswahl im Blick

Schon jetzt nimmt der Landesverband die im September 2021 stattfindende Bundestagswahl in den Blick und empfiehlt den Kreisverbänden in bis dahin möglichen Veranstaltungsformen die von den Parteien aufgestellten Wahlkreiskandidaten auf

ihre „Europatauglichkeit“ hin zu prüfen. Anregungen zu den Veranstaltungsformen wird der Landesverband seinen Mitgliedern zeitnah präsentieren.

JEF

Klausurtagung und Techfieber: Am Wochenende 16./17. Januar kam der erweiterte Landesvorstand der JEF zu einer digitalen Klausurtagung zusammen. Neben vielen organisatorischen Themen wurden unter anderem auch einige neue Ideen für 2021 ins Rollen gebracht wie die Eröffnung eines TikTok-Kanals zum Erreichen der Post-Facebook-Generation. Außerdem soll eine zweite Phase der Kampagne „EU in der Verfassung“ stattfinden, bei der es nun darum geht, auf die Einbeziehung des Europabekennnisses in die Landesverfassung aufzubauen.

Unter dem Motto „Techfieber“ fanden im Januar auch zwei Veranstaltungen zum Thema Europa und Digitalkonzerne statt. Neben einem klassische Expertengespräch (im Online-Rahmen) ist dabei besonders ein innovatives Spiel- und Debattenkonzept zu erwähnen, welches einen niedrigschwelligen Einstieg in das Thema ermöglicht. Eine Online-Testveranstaltung mit vier Teams fand in der JEF NRW bereits gutes Feedback. Nun wird überlegt, wie das Konzept weiterentwickelt und beispielsweise für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern nutzbar gemacht werden kann.

Verantwortlich: Simon Gutleben



Debattieren und spielen: Die JEF fand ein neues Format mit dem Titel „Techfieber“

Montage: JEF NRW / Grafik: vecteezy.com

Schleswig-Holstein

Europas Haushalt im Visier

Am 18. November wurde zur Online-Europasprechstunde mit Niclas Herbst eingeladen. Mit ihm, MdEP und stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands, wurde über aktuelle europapolitische Themen und deren Relevanz für die Region diskutiert. Dabei standen vor allem die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen im Mittelpunkt des Interesses der Teilnehmenden. Die Veranstaltung fand als Kooperation der Europa-Union Schleswig-Holstein und der Europa-Union Hamburg sowie deren EDICs statt.

Wie steht es um die Verhandlungen zum EU-Haushalt ab 2021 zwischen Europäischem Parlament und Rat? Wie effektiv funktioniert europäische Zusammenarbeit angesichts der aktuellen COVID-19-Krise und welche Rolle spielt das Parlament in diesem Zusammenhang? Das waren einige der Fragen, die wir an Niclas Herbst hatten. Das Publikum beteiligte sich mit vielen

Fragen und Anmerkungen insbesondere zur Rechtsstaatskonditionalität, aber auch ein Rückblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft und die Corona-Finanzhilfen interessierten die Gäste.

Wir freuen uns auf weitere Europasprechstunden mit großem Anklang!

Solidarität oder Nationalismus?

Zum Abschluss des Jahres 2020 und zum Abschluss der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lud der Landesverband gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung im Dezember zur Online-Diskussion ein. Unter dem Titel „Europäische Solidarität oder Nationalismus in der Corona-Pandemie“ sollten ein erstes Resümee zur deutschen Ratspräsidentschaft gezogen, aber auch kommende Herausforderungen diskutiert werden. Unsere Gäste Dr. Linn Selle, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland, Prof. Dr. Tanja Börzel vom Zentrum für Europäische Integration an der FU Berlin und Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung



Finanzen im Fokus: Der Streit um den mehrjährigen Finanzrahmen und die Rechtsstaatlichkeit war ein gefragtes Thema bei den Online-Diskussionen.

Foto: Europäische Union 2021

der EU-Kommission in Deutschland, diskutierten gemeinsam mit dem Publikum über die zurückliegende Ratspräsidentschaft. Dabei wurden insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, die Corona-Pandemie, der Brexit, der Haushalt und auch die Außenbeziehungen der EU thematisiert. Die Diskutierenden waren sich einig, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wichtige Impulse gegeben hat, zum Beispiel beim mehrjährigen Finanzrahmen. Diese müssen nun in den kommenden Monaten aufgegriffen und umgesetzt werden.

Verantwortlich: Carina Strüh

Rheinland-Pfalz

Südpfalz

Kein alltägliches Jahr: Das Jahr 2020 hat überall Spuren hinterlassen und wird uns allen in Erinnerung bleiben, mit seiner Ungewissheit und seinen Einschränkungen, aber auch mit dem, was wir im Kreisverband Südpfalz daraus gemacht haben. NIPSILD heißt die Zauberformel: Nicht in Problemen, sondern in Lösungen denken. Und die Lösung in 2020 hieß in vielen Fällen, von Präsenzveranstaltungen auf digitale Formate auszuweichen.

Im Juni gab es eine Diskussion per Livestream: „Die Grenzen zu und alle Fragen offen: PAMINA und die Pandemie – Lehren aus der Krise“. PAMINA ist die Abkürzung für die Region Südpfalz (PA = Palatinat), den Mittleren Oberrhein (MI = Mittlerer Oberrhein) und den Nordelsass (NA = Nord de l'Alsace). Die

geschlossenen Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich haben die Menschen dort im Frühjahr sehr beschäftigt.

Unter der professionellen Moderation von Kerstin Witte-Petit, Redakteurin der Rheinpfalz am Sonntag und selbst erfahrene „Grenzgängerin“ zwischen Elsass und Pfalz, diskutierten im Max-Slevogt-Gymnasium Landau Landrat Dr. Fritz Brechtel, Vizeprä-

sident des Eurodistrikt PAMINA, Dr. Thomas Gebhart MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Thomas Hitschler MdB, Mitglied in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, und Alexander Schweitzer MdL, SPD-Fraktionschef im Landtag.

Ein zweites Highlight war die digitale Variante einer ursprünglich im Rahmen



Nach der Livestream-Diskussion „Die Grenzen zu und alle Fragen offen“

Foto: EUD Südpfalz

der Europawoche geplanten Veranstaltung: „Europa trifft Schule“. Im Dezember fand die Frage-Antwort-Runde von Schülerinnen und Schülern aus Germersheim und Landau mit den Europaabgeordneten Christine Schneider (CDU) und Jutta Paulus (Bündnis 90/Die Grünen) statt. Nach einem einstimmenden Auftakt mit Ingo Espenschied, der Ausschnitte aus seiner Multimedia-Produktion „70 Jahre Schuman-Plan“ online präsentierte, hatten über 30 Jugendliche Gelegenheit, den beiden Politikerinnen Fragen zu stellen. Die Themen reichten von Agrarpolitik, Umweltpolitik und dem Umgang mit Polen und Ungarn (Rechtsstaatlichkeit) bis zu Europa in Zeiten von Corona. Die Veranstaltung konnte über einen Link von Externen mitverfolgt werden.

Tatsächlich als (coronakonforme) Präsenzveranstaltung konnte am 15. Oktober die Jahresmitgliederversammlung stattfinden, was per se schon ein Lichtblick im Pandemie-Alltag war. Thomas Hirsch, Oberbürgermeister der Stadt Landau, sprach zum Thema „Landau und Europa“ und warf einen Blick auf die wechselvolle Geschichte der Stadt und des Grenzraums. Christa Tworeck,

die seit 23 Jahren Mitglied im Kreisverband ist, davon 22 Jahre als aktives Vorstandsmitglied, erhielt die Ehrennadel in Silber.

Rhein-Lahn

Klare Worte zum EU-Haushaltsgipfel und zur Impfstrategie vor Ort: Auch der Kreisverband Rhein-Lahn konnte wegen der Pandemie seit März keine öffentliche Veranstaltung mehr durchführen. Umso erfreuter waren die Mitglieder, als ihr Vorstandsmitglied Matthias Lammert MdL den Europa-Abgeordneten Ralf Seekatz für eine Videokonferenz gewinnen konnte. Viele an Europa interessierte Bürger nahmen an der Online-Veranstaltung teil und diskutierten angeregt mit. Seekatz berichtete über die aktuelle Arbeit in Brüssel, die unter den aktuellen Pandemiebedingungen eine große Herausforderung darstellt. „Dank der vielfältigen digitalen Formate steht die Arbeit in der EU aber nicht still“, betonte er. Er sprach auch über die aktuellen Haushaltsberatungen und die Blockadepolitik Polens und Ungarns. Für Seekatz stand fest: „Wer die Unabhängigkeit seiner Gerichte nicht gewährleistet und versucht, Einfluss

auf richterliche Entscheidungen zu nehmen, wer Journalisten bedroht oder unabhängige Medien durch regierungsnahen Unternehmen übernehmen lässt, darf nicht von europäischem Geld profitieren.“ Sein Fazit: „Wer sich nicht an unsere rechtsstaatlichen Grundsätze hält, sollte durch Kürzungen der EU-Mittel streng sanktioniert werden.“

Kreisvorsitzender Dr. Michael Monet freute sich besonders, dass neben Matthias Lammert auch Landrat Frank Puchtler, Vorstandsmitglied Mechthild Schmidt und viele weitere Gäste an der Videokonferenz teilnahmen. Im Mittelpunkt der angeregten Diskussion stand dabei auch die Frage nach dem Zugang zu einem potenziellen Impfstoff. „Europa ist gut darauf vorbereitet, diese Impfungen anzubieten und auszuführen“, bekräftigte Monet. Alle Teilnehmer waren sich abschließend einig, wie wichtig der Austausch – auch auf virtuellem Wege – insbesondere in diesen Zeiten ist, um die Demokratie zu stärken und den Zusammenhalt in Europa zu unterstützen.

Verantwortlich: Lisa Mandau



Dank an Manfred Däuwel

Im Namen des EUD-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz darf ich Dir, lieber Manfred, unseren herzlichsten Dank aussprechen für Deinen langjährigen vorbildlichen Einsatz für den Europäischen Wettbewerb. Seit 1953 wird dieser Wettbewerb angeboten und seit dieser Zeit – also 67 Jahre – warst Du um dessen Förderung und Weiterentwicklung bemüht, bis wir Dich mit nunmehr 89 Jahren von dieser Aufgabe entpflichten durften.

Als Verantwortlicher für die rheinland-pfälzische Gesamtkoordination hattest Du immer die Arbeiten zielgenau vorsortiert, so dass wir übrigen Jurorinnen und Juroren optimale Arbeitsbedingungen vorfanden. Es war für Dich und Deine Frau Rosemarie, die sich – obwohl nicht Jury-Mitglied – immer intensiv eingebracht hat, Ehrensache, das Jury-Team mit Speis und Trank bestens zu versorgen. Rund 50 Jahre hast Du dann auch die Zentralveranstaltung für die 1. Landespreisträgerinnen und -preisträger organisiert.



Foto: EUD Rheinland-Pfalz

Mit einer Aktivität hast Du Dich in besonderer Weise ausgezeichnet: Von 1990 bis jetzt – über 30 Jahre lang – hast Du zusammen mit Deiner Frau Kontakt zu verschiedenen Schulen im Raum Hirschberg im polnischen Niederschlesien unterhalten. Du hast jedes Jahr die prämierten Arbeiten sowie viele Preise nach Polen gebracht und sie dort zusammen mit staatlichen Repräsentanten feierlich überreicht. Ein wirklich vorbildlicher Akt der Völkerverständigung, wofür man Dich mit einem polnischen Orden geehrt hat.

So wie mit Deinem Wettbewerbsengagement hast Du Dich auch auf vielen weiteren Feldern europapolitisch verdient gemacht. Für mich hättest Du – ebenso wie Rosemarie – auch einen deutschen Orden verdient.

Für den Landesvorstand der Europa-Union Rheinland-Pfalz
Josef Schork

Baden-Württemberg

Rundfunkrat

In der nun begonnenen sechsten Amtsperiode teilen sich der Bund der Vertriebenen (BdV) und die Europa-Union Baden-Württemberg wieder einen gemeinsamen Platz im Rundfunkrat des SWR. Durch die Wahl von Andrea Krueger in den Verwaltungsrat ist im Rahmen der konstituierenden Sitzung Daniel Frey als ordentliches Mitglied in den Rundfunkrat nachgerückt. Dadurch werden die Interessen beider Verbände in den zentralen Gremien des Senders – dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat – vertreten.

Matinée

Gast der zweiten Europapolitischen Matinee war Michael Georg Link MdB, ehemals Staatsminister im Auswärtigen Amt. Als Wahlbeobachter der OSZE konnte er über die US-Wahlen aus erster Hand berichten und eine Einschätzung zur Lage in den USA geben. In seinem Vortrag schlug er auch einen Bogen zum EU-Haushalt, der Rechtsstaatlichkeitsfrage, dem Brexit und dem möglichen Rahmenabkommen der EU mit der Schweiz. In der anschließenden Frageunde ging es um den Europäischen Verfassungskonvent, die Oberrheinregion, eine Stärkung der Sprachenvielfalt, zumindest in Baden-Württemberg, und Erasmus.

Im Mittelpunkt der dritten Europapolitischen Matinee stand die Europäische Bürgerinitiative. Der Publizist und ehemalige MdEP Jürgen Kluthe berichtete über die Entstehung und die aktuelle Situation dieses relativ neuen Instruments der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene.

Gemeinsame Sitzung

Den Tag des Ehrenamts nutzten die Europa-Union und die Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg, um sich in einer gemeinsamen Sitzung intensiv über ihre Erfahrungen im auslaufenden Jahr auszutauschen und das neue Jahr vorzuplanen. Zuvor hatte der Landesvorstand der Europa-Union

intern getagt. Die Jungen Europäer – JEF trafen sich im Anschluss zu einer Sitzung ihres Landesausschusses.

Junge Europäer – JEF

Apéro trinational: Dass man einen Zoom-Abend auf Deutsch, Französisch und Englisch gestalten kann, stellte die JEF Oberrhein unter Beweis: Am 22. Januar, dem deutsch-französischen Freundschaftstag, fand der zweite trinationale Stammtisch statt – mit Jungen Europäern aus Basel, Saarbrücken, Freiburg und Trier. In zwei digitalen Räumen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kennenlernen und austauschen. Gerade in Zeiten von Corona, in denen die Mobilität in unsere Nachbarländer eingeschränkt ist, ist die Begegnung sehr wichtig.

Digitale Kampagne: Am 14. März wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Damit die Europapolitik im Wahlkampf nicht zu kurz kommt, haben sich die Jungen Europäer eine Kampagne namens #EULiveImLändle ausgedacht und ein rein digitales Programm mit Vertreterinnen und Vertretern aller proeuropäischen Landtagsfraktionen aufgestellt. Zum Auftakt blicken wir mit ihnen auf die EU-Ratspräsidentschaft zurück: „Chance oder Herausforderung für Deutschland und Baden-Württemberg?“. Auf Instagram-Live geht es weiter mit Fragen zum europapolitischen Programm der Parteien. Die genauen Termine für die Gespräche werden noch bekanntgegeben.

Als drittes Element haben wir alle Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten gebeten, uns die Frage zu beantworten: „BaWü und die EU – Wie passt das zusammen?“. Alle Statements werden auf Instagram veröffentlicht. Unter @jef_bawue auf Instagram erfahren Sie mehr.

Karlsruhe Stadt und Land

Trauer um Konrad Schwaiger: Die Europa-Union trauert um Dr. Konrad Schwaiger. In Baden und im Elsass aufgewachsen, war ihm Europa bereits in die Wiege gelegt. Schon seit 1963 war er Mitglied im Kreisverband, von 2005 bis 2008 war er dessen Vorsitzender. In all den Jahren war er immer

darum bemüht, die europäischen Strukturen und Einrichtungen den Bürgern und Bürgerinnen verständlich zu machen. Während seiner Zeit als MdEP hat er immer wieder Besuchergruppen der Europa-Union in Straßburg und Brüssel empfangen. Das Europabewusstsein zu wecken und zu pflegen – dafür stand Konrad Schwaiger mit großem Engagement. Wir verlieren mit ihm einen überzeugten Europäer.

Trauer um Gerlinde Lorch: Wir trauern um Gerlinde Lorch. Seit 2011 war sie Mitglied im Kreisvorstand und betreute die Mitgliederverwaltung. Seit 2018 engagierte sie sich auch im Reiseteam und hat viele Fahrten vorbereitet, organisiert und begleitet. Bei den Fahrtenteilnehmern war sie sehr geschätzt. Auch die Jugendarbeit lag ihr sehr am Herzen. Gerlinde Lorch war immer sehr engagiert und äußerst korrekt. Sie ist nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben. Wir verlieren mit ihr eine verdiente Europäerin.

Stuttgart

Staufermedaille: Der Kreisverband gratuliert seinem Vorstandsmitglied Dr. Hartmut Welck zur Verleihung der Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg. Europaminister Guido Wolf verlieh ihm die hohe Auszeichnung für das besondere Engagement für Europa.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg



Mecklenburg-Vorpommern

Europa 2050

Bürgerdialoge zur Zukunft Europas: Im Dezember 2020 realisierte unser Landesverband in Kooperation mit der Europäischen Akademie in Waren/Müritz drei zusammengehörende Veranstaltungen online, mit denen wir versuchten, in der Zeit von Corona-Schutzmaßnahmen den inhaltlichen Dialog mit allen Interessenten aufrecht zu erhalten und auf aktuelle Schwerpunkte zu lenken. Dazu waren kompetente Gesprächspartner eingeladen. Ausgangspunkt waren Gedanken zur Zukunftsperspektive der Europäischen Union, ein Aspekt, für den sich viele Menschen interessieren.

Zum ersten Thema „Brauchen wir einen neuen EU-Vertrag – Und welche Rolle sollen dabei die Regionen spielen?“ war Gesprächspartner der einzige Europa-Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, Niklas Nienaß von der Fraktion „Die Grünen/EFA“. Es ergab sich dabei eine Diskussion zur anvisierten Zukunftskonferenz der EU. Betont wurde, dass es in einem längeren Zeitraum darauf ankommt, sowohl eine weitreichende Gemeinsamkeit unter den drei Führungsorganen der EU als auch eine breite Einbeziehung der europäischen Öffentlichkeit zu gewährleisten. Nur so kann das Minimalziel, der zur Zeit machbare notwendige Umbau der EU, erreicht und gleichzeitig der Maximalvorstellung, eine wirkliche Europäische Verfassung anzustreben, näher gerückt werden.



Mecklenburg-Vorpommerns einziger MdEP Niklas Nienaß, Gesprächspartner beim ersten Bürgerdialog, ist seit Kurzem Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe im EP.
Foto: Europäische Union

In der zweiten Veranstaltung mit dem Thema „Klimaneutrales Europa bis 2050?“ war die fachkundige Europa-Abgeordnete der Grünen, Dr. Hannah Neumann, unser Gast. Ihre Ausführungen und die Diskussionsfragen lassen sich unter der Aussage zusammenfassen, dass die aktuellen Beschlüsse der EU zur Klimapolitik einen zu begrüßenden Einstieg darstellen, aber die einzelnen Mitgliedsländer in allen Bereichen erhebliche eigene Spielräume besitzen, die zukünftig wesentlich stärker genutzt werden müssen. Die bei den Bürgerinnen und Bürgern vorhandene Bewusstseinsentwicklung zu Fragen der Klimapolitik bedarf der stärkeren politischen Unterstützung.



Kompetente Gesprächspartnerin zum Thema Klima: Hannah Neumann MdEP
Foto: EP | Fotograf: Thierry Røge

Beim dritten Bürgerdialog sprach der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor zum Thema „Globale Herausforderungen: Die EU vor Fragen künftiger Finanzierung und innovativer Steuerung“. Er hob besonders hervor, dass die EU durch die zu erwartenden Folgen des Brexit und die hohen Ausgaben zur Abfederung der Folgen der Corona-Epidemie die Entwicklung ihrer Eigenmittel im Auge behalten muss. Die bisherigen Fortschritte beim mehrjährigen Finanzrahmen und der Kompromiss bei der Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus wiesen in die richtige Richtung. Fragen zu



Impressum

1/2021

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 6201 30, Fax: (030) 303 6201 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 6201 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.2.2021
Annahmetermin für Ausgabe 2/2021: 15.3.2021
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (0175) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

möglichen eigenen Steuereinnahmen der EU oder zur Beseitigung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat seien zu beachten, aber im Moment noch nicht zu lösen.

Der Landesverband wird die Serie der Online-Veranstaltungen 2021 fortsetzen.

Prof. Dr. Joachim Gasielki

Neue Arbeitsgruppen auf Bundesebene

Zur Stärkung der inhaltlichen und strategischen Verbandsarbeit der Europa-Union hat das Präsidium neue Arbeitsgruppen des Bundesverbandes ins Leben gerufen. Zur Unterstützung der Verbandsaktivitäten im Kontext der Konferenz zur Zukunft Europas und der Bundestagswahl, beides Schwerpunkte der Jahresplanung, haben sich zwei Arbeitsgruppen konstituiert. Daneben sollen die Themen „Soziales“ und „Klimawandel“ durch dafür zuständige Arbeitsgruppen intensiver in den Blick genommen werden.

Die AG „Verbandsarbeit auf Distanz“ will sich dem aktuellen Problem der Mitgliederwerbung und -bindung und einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit unter Pandemiebedingungen widmen und Ideen zur Unterstützung der Landes- und Kreisverbände entwickeln. Damit wird der Kreis der bereits etablierten Arbeitsgruppen erweitert, die mit Europäischer Wirtschaftspolitik, Europabildung und Verbandsentwicklung befasst sind.

Auch die Europa-Professionell-Hauptstadtgruppe und das Kommunale Netzwerk der EUD zählen zu den ständigen Arbeitsgruppen.

Auf Beschluss des Bundeskongresses wurden außerdem vor zwei Jahren die Arbeitsgruppen „Leitbild“ und „Prozesse“ eingesetzt, auf Beschluss des Bundesausschusses hat in diesem Jahr die Task Force „Verbandsmedien und Verbandskommunikation“ ihre Tätigkeit aufgenommen. ■



Unsere Diskussionshilfe „Argumente gegen Europaskepsis“ ist in einer aktualisierten Neuauflage erschienen. Erhältlich über die Bundesgeschäftsstelle. Weitere Angebote finden Sie auf unserer Website. Hier werden Sie fündig: <https://www.europa-union.de/service/>
Illustration: Sibylle Bauhaus

Terminvorschau

Die Gremientagungen und Veranstaltungen des Bundesverbandes finden bis auf Weiteres digital statt. Zu den verbandsoffenen Tagungen und Angeboten sind alle Mitglieder und Interessenten herzlich eingeladen.

Ein regelmäßiger Blick auf unsere aktuellen Meldungen unter www.europa-union.de und unsere Beiträge auf den Social Media Kanälen lohnt sich. Alle Termine und Informationen zu unseren Bürgerdialogen unter: www.eud-buergerdialoge.de.



24. März 2021, 17 Uhr: Online-Bürgerdialog zum Brexit mit Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, und Annette Dittert, ARD-Korrespondentin in London und Studioleiterin des ARD UK Büros

21. April 2021, 17 Uhr: Online-Bürgerdialog zur europäischen Außenpolitik u. a. mit David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



24. April 2021, 10 Uhr: Bundesausschuss der Europa-Union Deutschland

13./14. November 2021: Bundeskongress der Europa-Union Deutschland